

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 52

Antragssteller*in: LAG Betrieb und Gewerkschaft, Damiano Valgolio (MdA, Delegierter), Franziska Brychzczy (MdA, Delegierte), Pascal Meiser (MdB, Delegierter),

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Allgemeine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage – mehr Ausbildungs- 2 plätze, gerechtere Kostenverteilung, mehr Fachkräfte

3 Wir wollen in Berlin zügig eine allgemeine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage einführen. So sol-
4 len Ausbildungsbetriebe gefördert, die Ausbildungskosten gerechter verteilt und die Zahl der be-
5 trieblichen Ausbildungsplätze erhöht werden. Dies wirkt auch dem Fachkräftemangel entgegen.
6 Die Umlage soll bei den konkreten Förderleistungen spezifisch auf die Besonderheiten der jewei-
7 ligen Branchen angepasst werden und eine Öffnungsklausel für tarifliche Regelungen enthalten.

8 Begründung:

9 Nirgendwo fehlen so viele Ausbildungsplätze wie in Berlin. Nur 17 % der Betriebe bilden aus,
10 deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt. Auch im gerade begonnenen Ausbildungsjahr werden
11 wieder tausende junge Menschen unversorgt bleiben. Ihnen wird so der Zugang zu einem Beruf
12 und eine Zukunftsperspektive verwehrt. Gleichzeitig wird der Fachkräftemangel verstärkt.

13 Gerade kleinere Betriebe bilden oft nicht aus, weil sie die Kosten nicht tragen können. Andere
14 Unternehmen betätigen sich als Trittbrettfahrer und werben die fertig ausgebildeten Arbeitneh-
15 mer:innen später ab. Durch die Umlage werden die Ausbildungskosten gleichmäßig auf alle Un-
16 ternehmen verteilt und die Ausbildungsbetriebe finanziell so entlastet, dass mehr Unternehmen
17 es sich leisten können, auszubilden.

18 Die Ausbildungsplatzumlage ist eine jahrzehntealte gewerkschaftliche Forderung. Wir werden in
19 Berlin vorangehen und sie endlich einführen. Dass durch eine Umlage die Zahl der betrieblichen
20 Ausbildungsplätze steigt, hat die Einführung in der Baubranche und in der Pflege bewiesen. Die
21 Umlage ist außerdem ein Instrument, um die Qualität der Ausbildung zu sichern und Mindestbe-
22 dingungen für die Azubis, etwa bei der Ausbildungsvergütung, durchzusetzen.

23 Wir wollen eine allgemeine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, die die Gesamtwirtschaft um-
24 fasst, soweit es keine tariflichen Regelungen in einzelnen Branchen gibt. Die konkreten Förderun-
25 gen und Zahlungen an die Ausbildungsbetriebe sollen dann auf die Besonderheiten der jeweiligen
26 Branche angepasst werden.